

**Die neue
Volkspartei**

Wien

Leitantrag

**zum 37. ordentlichen Landesparteitag
am 20. Mai 2022**



Alle Unterlagen auch online unter
www.lpt22.at

STEFFL Arena
Attemsgasse 1
1220 Wien

Leitantrag der Wiener Volkspartei an den Landesparteitag

Teil I: Kraft.Voraus. Für Wien.

Die Wiener Volkspartei hat als bürgerliche Stadtpartei die Entwicklung von Wien stets aktiv mitgeprägt. Sie hat sowohl in Opposition als auch in Regierungsverantwortung mit ihren Ideen, Konzepten und Maßnahmen Beiträge geleistet, um Wien für alle Bürgerinnen und Bürger besser zu machen. Diese Leistung der Wiener Volkspartei ist gerade jetzt wichtiger denn je.

- Wir wollen, dass sich unsere großartige Stadt erfolgreich und dynamisch entwickeln kann.
- Wir wollen, dass echte Bürgernähe unser Zusammenleben in der Stadt prägt und dass innovative Bürgerbeteiligung gelebt wird.
- Wir wollen, dass das Preis-Leistungsverhältnis der Verwaltung für die Menschen stimmt, Menschen bei Gebühren und Energiekosten entlastet werden, und so auch die allgemeine Teuerung gelindert wird.

Als konstruktive Oppositionspartei setzen wir uns dafür ein, dass Wien in den entscheidenden Handlungsfeldern den richtigen Kurs in die Zukunft fährt:

- bei der Lebensqualität rund um Gesundheit, Stadtplanung, Mobilität und Klima
- bei der Sicherheit in der ganzen Stadt
- in der Bildung für eine gute Zukunft
- im Zusammenleben als Gesellschaft für alle Generationen, für unsere Familien und erfolgreiche Integration
- bei Arbeit und Wirtschaft für breiten Wohlstand
- für leistbares Leben und Wohnen in Wien.

Für Lebensqualität: Gesundheit, Stadtplanung, Mobilität und Klima

Wien ist eine der lebenswertesten Städte der Welt. Das soll auch so bleiben. Die COVID-19-Pandemie und auch die Ukraine-Krise haben klar gezeigt, wie wichtig unsere Grünräume und unsere landwirtschaftlichen Flächen innerhalb der Stadtgrenzen sind. Wien leistet als größte Agrargemeinde Österreichs mit seiner Stadtlandwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung. Daher müssen wir diese Flächen noch besser schützen und nützen.

Trotz großen Aufwands beim Marketing hinkt die Wiener Stadtregierung in Sachen Energiewende in den wichtigsten Kennzahlen hinterher. Wien hat sowohl bei Photovoltaikanlagen als auch bei der thermischen Sanierung von Gebäuden Aufholbedarf. Um die Klimaziele bis zum Jahr 2030 zu erreichen, müssen zudem auch die Fördersummen für Fassaden- und Dachbegrünungen erhöht werden. Wir wollen Wien zum Spitzenreiter beim Anteil erneuerbarer Energieträger machen.

Für sichere Lebensqualität brauchen wir eine gut abgestimmte Stadtplanung. In Wien werden viele Projekte noch immer als Insellösungen konzipiert. Eine lebenswerte Stadt braucht lebendige Grätzl, belebte Erdgeschosszonen, Arbeitsplätze, Schulen sowie Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung in unmittelbarer Nähe. Die „Stadt der kurzen Wege“ muss endlich Realität werden. Derzeit ist der öffentliche Verkehr in vielen Bereichen noch keine echte Mobilitäsalternative. Notwendig sind dafür vor allem die Schaffung von Tangentialverbindungen zwischen und innerhalb der Bezirke. Wir stehen für eine Verkehrspolitik, die auf das Miteinander



setzt und Win-Win-Lösungen schafft. Es geht für uns darum, Anreize schaffen und Angebote zu erweitern – statt den Menschen mit ideologischem Erziehungsanspruch immer nur Beschränkungen aufzuerlegen.

Gesundheit ist entscheidende Voraussetzung für Lebensqualität. Wien braucht eine ausreichende Gesundheits-, Pflege- und Betreuungsverorgung für alle Generationen. Die Stadtregierung muss die mittlerweile prekäre medizinische Kassen-Versorgungssituation in den Wiener Bezirken rasch beheben. Viele Spitäler sind sanierungsbedürftig. Versprochene Verbesserungen, wie die Primärversorgungszentren (PHCs), werden nur schleppend realisiert. Von 36 bis 2025 geplanten PHC-Einheiten sind bisher nur sechs realisiert.

Untrennbar mit Wiener Lebensqualität verbunden ist für uns das kulturelle Angebot unserer Stadt. Wir dürfen uns auf dem historischen kulturellen Erbe Wiens nicht ausruhen. Wir müssen vor allem die junge Generation für Kunst und Kultur begeistern und dafür auch den Zugang zu Museen und Theatern deutlich erleichtern. Die Kreativwirtschaft bietet – an der Schnittstelle von Kultur und Wirtschaft – viel Potenzial für auch im Alltag spürbare neue kulturelle Qualitäten unserer Stadt.



Für Sicherheit.

Freiheit und Sicherheit sind untrennbar miteinander verbundene Werte. Die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden, ist Anliegen und Stärke der Volkspartei. Wir nennen Defizite beim Namen, stellen uns Problemen und zeigen konkrete Verbesserungsmöglichkeiten auf. In der Stadt gibt es mittlerweile viele Orte und Bereiche, wo sich Menschen nicht mehr sicher fühlen. Anstatt dieser Entwicklung entgegenzutreten und Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen, schiebt die Stadtregierung die Verantwortung dafür aber konsequent ab. Wir setzen uns in Wien für sichere Grätzl, ein modernes und sauberes Stadtbild und eine vernünftige Stadtentwicklung ein, die Maß an den Menschen und ihren Bedürfnissen nimmt. Die sichtbare Präsenz der Polizei ist dafür wichtig. Mit „Gemeinsam.Sicher“ wurde bundesweit eine wichtige Initiative gestartet, von der auch Wien profitiert.

Sicherheit ist für uns aber mehr als Polizeiarbeit. Wien muss selbst mehr für die Sicherheit der Menschen tun. Die Stadt leistet sich etwa eine Vielzahl an Ordnungsdiensten, die wenig sichtbar und daher auch wenig wirksam sind. Sie alle sollen in der „Wiener Stadtwache“ zusammengefasst werden. Bereits die Stadtplanung muss Ghettobildung und Abschottung verhindern.

Um künftig mehr Sicherheit in der Stadt zu garantieren, braucht es auch eine konsequente Bildungs- und Integrationspolitik. Es ist Aufgabe der Wiener Politik, genau auf be- und entstehende Zonen der Unsicherheit zu achten und rechtzeitig zu handeln. Unser großes Ziel für unsere Stadt lautet: Jede und jeder soll sich an jedem Ort in Wien zu jeder Zeit sicher fühlen können. Unsere Sicherheit in Wien muss aber auch in einem europäischen und globalen Kontext gesehen werden. Mit dem Krieg in unserer Nachbarschaft stehen unsere Freiheit, unsere Demokratie und unsere Gesellschaft auf dem Prüfstand. Sicherheit muss uns mehr wert sein. Daher muss sich auch Wien gezielt für die langfristige Erhöhung der Regelbudgets für die innere und äußere Sicherheit einsetzen.

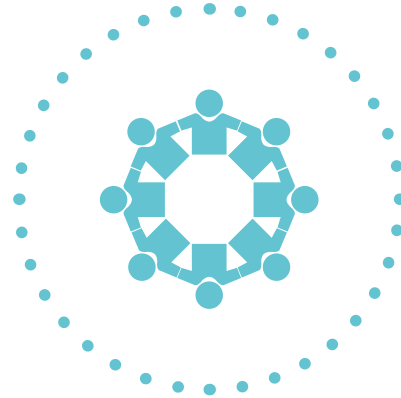


Für Bildung.

Der erste Bildungs[stand]ort im Leben ist für uns die Familie. Eltern sollen frei darüber entscheiden können, wie und ab wann ihre Kinder institutionell betreut und gebildet werden. Um Familien echte Wahlfreiheit zu geben, müssen in allen Bezirken Wiens vielfältige und qualitätsvolle Betreuungseinrichtungen zur Verfügung stehen. Das aktuelle Betreuungsverhältnis vor allem in Krippen und

Kindergärten ist pädagogisch nicht akzeptabel. Wir unterstützen daher die Forderung der Elementarpädagoginnen und -pädagogen nach einem besseren Schlüssel. Wir brauchen in Wien mehr Lehrerinnen und Lehrer in den Klassen. Viele Dienstposten werden von der Stadt für die Verwaltung genutzt und nicht für den Unterricht. Auch die Deutschförderung muss endlich ausgebaut werden. Im Schuljahr 2020/21 gab es in den Volksschulen 10.484 außerordentliche Schülerinnen und Schüler. Von ihnen verfügen mehr als 60 Prozent über nicht ausreichende Deutschkenntnisse, obwohl sie in Österreich geboren wurden. Wer hier nicht handelt, raubt jungen Menschen jede Chance auf ein glückliches und selbstbestimmtes Leben.

Die Bildungsstandards zeigen in Wien ein klares Bild: Nachdem in Wiener Pflichtschulen vier von fünf jungen Menschen nicht oder nur teilweise die Bildungsstandards im Lesen und Rechnen erreichen, werden sie später am Arbeitsmarkt erheblich schlechtere Chancen haben. Wir brauchen in Wien nicht die größten Klassen, sondern die kleinsten. Obwohl der Bund pro Schülerin und Schüler die gleichen Mittel für alle Bundesländer verteilt, sitzen in Wien deutlich mehr Kinder in den Volksschulklassen als etwa in Niederösterreich. Statt immer nur mehr Planstellen zu fordern, soll die Stadtregierung die bestehenden Stellen zielgerecht und zweckmäßig einsetzen. Für uns als Volkspartei ist vollkommen klar: Wir sind es den nächsten Generationen schuldig, für Bildung in Wien das Richtige zu tun.



Für unser Zusammenleben als Gesellschaft: Generationen, Familie und Integration.

Wien ist mit fast 483.000 Familien die größte Familienstadt Österreichs. Mit unzähligen Stunden Familienarbeit in Erziehung, Betreuung und Pflege tragen unsere Familien maßgeblich zu einem solidarischen und harmonischen Miteinander in unserer Stadt bei. Weil wir diese Leistungen als Familienpartei besonders schätzen, wollen wir Wien noch familienfreundlicher machen. Dafür brauchen wir eine Politik für alle Generationen. Aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung umfasst die Gruppe der Seniorinnen und Senioren heute bereits mehrere Altersgruppen. Gegenseitiger Respekt zwischen Jung und Alt, Wertschätzung und das Von-Einander-Lernen müssen in allen Lebensbereichen gefordert und gefördert werden.

Frauenbilder und Lebensmodelle gibt es viele. Für uns als Wiener Volkspartei ist klar: Nicht die Politik gibt vor, was das Beste ist – jede Frau entscheidet selbstbestimmt. Sicherheit betrifft Frauen in vielen Lebensbereichen. Wenn Frauen in Wien Hilfe brauchen, soll es eine einheitliche telefonische Anlaufstelle geben. Das Angebot an Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskursen für Frauen muss ausgebaut werden.

Mütter und Väter brauchen die Gewissheit, dass ihre Kinder nicht nur „untergebracht“, sondern auch versorgt werden. Daher treten wir für Qualitätskriterien sowohl bei der Kinderbetreuung, als auch bei deren Anbietern ein.

Es gibt kein friedliches Zusammenleben ohne gelungene Integration. Massive integrationspolitische Versäumnisse der SPÖ haben zu erheblichen Integrationsproblemen und zur Bildung von Parallelgesellschaften geführt. Integration muss gefördert, aber auch eingefordert werden. Daher steht der Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses. In Österreich leben Männer und Frauen gleichberechtigt zusammen. Wir lehnen jede Art der Geschlechtersegregation ab. Die Wiener Volkspartei steht für gegenseitige Wertschätzung und Integration durch Leistung. Individuelles Engagement muss gefordert und gefördert werden. Integrationsmaßnahmen der Stadt Wien sollen daher in Absprache mit dem Integrationsfonds verpflichtend sein.

Für Arbeit und Wirtschaft.

Arbeit ist nicht Leid. Arbeit kann und muss Erfüllung sein. Arbeit ist die Grundlage für Wohlstand und soziale Sicherheit. Wir fördern Menschen, die arbeiten wollen und unterstützen all jene, die nicht arbeiten können. Damit das möglich ist, müssen sich Leistung und Arbeit lohnen. Wien hat allerdings die meisten Arbeitslosen, während Branchen wie z.B. der Tourismus über Arbeits- und Fachkräftemangel klagen. Die Stadtregierung steuert beim Thema Arbeit in die falsche Richtung: Wien ist das einzige Bundesland, in dem Arbeitsplätze in Form der Dienstgeberabgabe besteuert werden. Die Herausforderungen der komplexen Wirtschafts- und Arbeits-



welt von heute können nur mit innovativen Lösungen bewältigt werden. Statt dem gestrigen Klassenkampf zu huldigen, muss Wien die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhöhen, weil nur sie Arbeitsplätze sichern und schaffen können. In der Verwaltung braucht es für weniger Bürokratie einen Digitalisierungsschub und die Umsetzung des One-Stop-Shop-Prinzips für Unternehmen.

Aber das geht sich nur aus, wenn sich Leistung lohnt und wenn es sich lohnt, auch arbeiten zu gehen. Unsere Stadt muss wieder Motor – und nicht wie jetzt Nachzügler – der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich und unter europäischen Metropolen sein. Wir brauchen wirtschaftliche Dynamik, um die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit abzubauen. Ohne Wachstum gibt es auf Dauer keine Arbeitsplätze, keinen Wohlstand und keine soziale Sicherheit. Die Wiener Volkspartei steht für mehr wirtschaftlichen Freiraum und weniger Bürokratie, mehr Service und weniger Belastungen. Deshalb sollen kaufwillige Touristinnen und Touristen am Wochenende mangels Tourismuszonen nicht in andere Städte zum Einkaufen fahren müssen, sondern in Wien einkaufen können. Wir wollen Wien wirtschaftlich weiter nach vorne bringen und zum Zugpferd in Mittel- und Osteuropa machen.



Für leistbares Leben und Wohnen.

Wien wird laut Prognosen bald wieder mehr als zwei Millionen Einwohnerinnen und Einwohner haben. Mit diesem Wachstum wird die Versorgung der Bevölkerung mit leistbarem, qualitativem und sozial nachhaltigem Wohnraum eine besondere Herausforderung. Aus Sicht der Wiener Volkspartei muss die notwendige Wohnraumschaffung vor allem durch die Weiterentwicklung des Bestan-

des und durch Nachverdichtung erfolgen. Die Stadtregierung leistet zu wenig Beiträge für leistbares Wohnen: So kommen mit Steuergeld finanzierte Sozialleistungen wie der Gemeindebau nicht immer dort an, wo sie dringend benötigt werden.

Die Preisentwicklung am Immobilienmarkt erschwert die Anschaffung von neuem Eigentum massiv. Das Wohnen im Eigentum ist nicht nur der Wunsch vieler Menschen, sondern auch ein wichtiges politisches Anliegen: Mit einer höheren Eigentumsquote wird schließlich auch die Altersvorsorge gestärkt. Die Stadtregierung lehnt Eigentum und dessen Förderung aus ideologischen Gründen ab. Genossenschaftswohnungen werden in Wien den Mieterinnen und Mietern nicht zum Kauf angeboten. Die Möglichkeit zum Kauf eines Kleingartens durch Pächterinnen und Pächter wurde abgeschafft. Das wollen wir als Wiener Volkspartei ändern. Wir unterstützen neue Wege beim Wohnen in Wien, wie mehrgenerationales und familiennahes Wohnen. Das fördert nicht nur das Miteinander, sondern spart den Menschen auch Zeit und Geld.

Teil II: Unsere Maßnahmen.



Für Lebensqualität: Gesundheit, Stadtplanung, Mobilität und Klima.

GESUNDHEIT NEU DENKEN.

Das Wiener Gesundheitssystem ist eine unge löste Baustelle und krankt an vielen Stellen. Die Stadtregierung hat keine langfristigen Investitions- oder Sanierungspläne für die maroden Spitäler des letzten Jahrhunderts, der Digitalisierungsschub der Pandemie wurde gekonnt ignoriert und das Gesundheitspersonal leidet unter der Last der Reformunwilligkeit.

- Sanierungsoffensive jetzt: Das derzeitige Spitalskonzept ist intransparent, fehlerhaft und eindeutig nicht ausgereift. Es benötigt einen kompletten Restart, darüber hinaus müssen Gesundheitsberufe wertgeschätzt und zukunftsfit gemacht werden. Daher fordern wir einen Bedarfs- und Reorganisationsplan sowie einen Kosten-, Finanzierungs- und Investitionsplan je Jahr bis 2030.
- Aufbau eines digitalen Gesundheitsökosystems: Die Digitalisierung des Gesundheitswesens bringt deutliche Einsparungspotenziale und eine Steigerung der Qualität. Beispiele sind die Online-Interaktion zwischen Arzt und Patient, die Entbürokratisierung durch papier-

lose Daten oder die Entscheidungsunterstützung für das klinische Personal durch intelligente Software.

- Mensch im Mittelpunkt: Als Leitprinzip in der Zukunft der Pflege gilt: „daheim vor stationär“. Dafür braucht Wien eine starke mobile Pflege, eine Offensive bei der Ausbildung des Pflegepersonals und die Unterstützung der pflegenden Angehörigen. Community Nurses wären hierzu ein erster, innovativer Schritt, um Pflegebedürftigen ein würdevolles Leben daheim zu ermöglichen.
- Stärkung von Haus- und Kassenärztinnen und -ärzten: Die Stadt muss den Hausärztinnen und -ärzten als Rückgrat der Gesundheitsversorgung den notwendigen Raum bereitstellen, Anreize beim Parken schaffen und die Entbürokratisierung vorantreiben. Zusätzlich brauchen wir mehr Primärversorgungseinheiten, damit Wartezeiten und Aufenthalte in Spitälern und Ambulanzen reduziert werden.
- Inklusion statt Exklusiv: Durch eine gemeinderätliche Behindertenkommission soll sichergestellt werden, dass die Bedürfnisse behinderter Menschen ernst genommen werden und am aktiven Abbau von Barrieren gearbeitet wird. In schnelllebigen Zeiten ist es umso wichtiger, gerade diese Gruppe zu unterstützen und ein Zeichen der Wertschätzung zu setzen.
- Schwerpunkt Frauengesundheit: Die Gesundheitsrisiken, das Gesundheitsverhalten und auch die Krankheitsverläufe sowie Symptome von Frauen unterscheiden sich in vielen

Fällen signifikant von jenen der Männer. Wir fordern daher, die frauenspezifische Medizin in Wien mehr in den Blickpunkt zu rücken, z.B. durch einen eigenen Frauengesundheitspass.

WIEN KLIMAFIT GESTALTEN.

Kaum eine Stadt in Europa ist so stark von der Hitze betroffen wie Wien. Laut aktuellen Studien wird sich unsere Stadt bis 2050 um mehr als 7 Grad Celsius erhitzen. Umso wichtiger ist es, Wien klimafit und kühl zu gestalten. In Sachen Energiewende hinkt die Bundeshauptstadt in den wichtigsten Kennzahlen hinterher, Wien muss Spitzenreiter beim Anteil erneuerbarer Energieträger werden.

- Mehr Tempo beim Klimaschutz: Wien hat sowohl bei Photovoltaikanlagen als auch bei der thermischen Sanierung von Gebäuden Aufholbedarf. Um die Klimaziele bis zum Jahr 2030 zu erreichen, müssen die Fördersummen für Fassaden- und Dachbegrünungen erhöht werden, zusätzlich kann die Stadt Green-Tech-Unternehmen und grüne Start-ups besser unterstützen.
- Klimaneutrale Stadtverwaltung: Der öffentlichen Hand kommt beim Klimaschutz in ihrem Wirkungsbereich eine Vorbildfunktion zu. Bis zum Jahr 2030 sollen die Stadtverwaltung sowie die öffentlichen Unternehmen der Stadt klimaneutral werden. Möglich wird dies durch Energieeinsparung, Nutzung erneuerbarer Energien und Verringerung von Treibhausgas-Emissionen.
- Grünräume schaffen, Grünraum sichern: Ob Bäume, Fassadenbegrünung oder entsiegelte Böden, wir brauchen vielfältige und innovative Lösungen, um den steigenden Temperaturen in der Stadt entgegenzuwirken und die Lebensqualität zu sichern.
- Digitalisierung nutzen: Eine vermehrte Nutzung smarterer Technologien trägt positiv zur besseren Klimabilanz bei. Dabei geht es um die Steigerung von Energieeffizienz durch die intelligente und vernetzte Stromversorgung, um schnellere und effizientere Behördengänge und die transparente Bereitstellung von klimarelevanten Informationen für die Bevölkerung.
- Förderung für Vereine: Nach dem oberösterreichischen Vorbild soll die Stadt Wien Förderung von Ferienarbeitsplätzen für Wiener Schülerinnen und Schüler schaffen. Ziel dieser Förderaktion ist es, jungen Menschen die Chance zu geben, in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie Nachhaltigkeit mitzuwirken. Damit können auch Vereine konkret bei ihrer Arbeit unterstützt werden.

BEKENNTNIS ZUR WIENER STADTLANDWIRTSCHAFT.

Vielen Menschen ist während der COVID-19-Pandemie einmal mehr bewusst geworden, wie wichtig die heimische Landwirtschaft mit ihren Lebensmittelprodukten ist – ein Trend hin zu mehr Regionalität ist deutlich zu erkennen. Wien leistet als größte Agrargemeinde Österreichs mit ihrer Stadtlandwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung.

- Vorrang für Wiener Produkte: Die Stadtlandwirtschaft bildet mit ihren rund 700 Betrieben einen wesentlichen Bestandteil der Wiener Lebensqualität und schützt darüber hinaus den Grüngürtel als Naherholungsgebiet der Wienerinnen und Wiener. Um sie zu erhalten, müssen Wiener Produkte in öffentlichen Einrichtungen der Stadt (Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten etc.) Vorrang haben.
- Schutz der Agrarflächen: Die Stadtlandwirtschaft sichert nicht nur die Versorgung der

Bundeshauptstadt mit Lebensmittel, sie ist auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. In den letzten zehn Jahren sind aber die Agrarflächen stetig zurückgegangen – landwirtschaftliche Flächen müssen daher gesichert, in ihrer Nutzung respektiert und im Leitbild der Stadt Wien zukünftig gleichbehandelt werden.

- **Versorgung mit wettbewerbsfähiger Energie:** Die hohen und steigenden Fernwärmepreise in Wien machen es für viele Betriebe schwierig, Lebensmittel zu produzieren und bedrohen die Existenz unserer Gärtnerinnen und Gärtner. Wir fordern, dass unsere landwirtschaftlichen Betriebe mit leistbarer Energie und Wärme versorgt werden.
- **Artgerechter Umgang mit Tieren:** Die Bewusstseinsbildung für Tierschutz beginnt im Kindesalter. Wir fordern daher einen Ausbau und die Förderung von Bewusstseinsbildung in Schulen und Kindergärten. Durch die Sensibilisierung soll den Kindern und Jugendlichen ein artgerechter Umgang mit Tieren vermittelt werden.

BEZIRKE UND GRÄTZL AUFWERTEN.

In der städtischen Planungspolitik werden neue Projekte meist nur für sich betrachtet, Bewohnerinnen und Bewohner und das Umfeld werden nicht mit einbezogen. Eine lebenswerte Stadt braucht lebendige Grätzl, belebte Erdgeschosszonen, Arbeitsplätze, Schulen sowie Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung in unmittelbarer Nähe. Es wird Zeit, die „Stadt der kurzen Wege“ endlich in die Realität umzusetzen.

- **Aufwertung lokaler Quartiere:** Gelungene Stadtplanung lebt von der Vielfalt. Wir wollen belebte Grätzl, in denen nicht nur gewohnt, sondern wirklich gelebt wird. Dafür müssen

Infrastruktur und vielfältige Nutzungsmöglichkeiten frühzeitig mitgedacht werden. Traditionelle Ortskerne sollen erhalten, die Identitäten der einzelnen Stadtteile müssen herausgearbeitet und entwickelt werden.

- **Ortsbild erhalten:** Schutzzonen sind ein wichtiges Instrument der Flächenwidmung, erhaltenswerte Teile der Bausubstanz Wiens sollen damit gesichert werden. In unserer Stadt fehlen jedoch klare Vorgaben in der Bauordnung, Planungssicherheit und Transparenz können nur durch klar abgegrenzte Kriterien gewährleistet werden.
- **Weltkulturerbe sichern:** Wien ist mit seinen historischen Kulturstätten ein Juwel, das es zu schützen gilt. Durch Versäumnisse der Stadtregierung am Heumarktareal droht immer noch die Aberkennung des Welterbestatus „Historisches Zentrum von Wien“. Wir brauchen eine tragfähige Lösung, zusätzlich sollen auch weitere Einrichtungen wie z.B. das Otto-Wagner-Areal den Welterbestatus bekommen.
- **Hochhaus-Zonen schaffen:** Die Hochhausentwicklung in Wien hat in den letzten Jahren an Fahrt aufgenommen. Leider lässt sich dabei eine standörtliche Beliebigkeit feststellen. Wir bekennen uns zu einer Skylineprägenden Hochhausentwicklung, fordern aber gleichzeitig Klarheit darüber, wo und nach welchen Kriterien Hochhäuser errichtet werden können.
- **Mehr Transparenz:** Es braucht mehr Transparenz und klar definierte Rahmenbedingungen, z.B. bei den städtebaulichen Verträgen und in den Planungsgremien. Darüber hinaus ist eine Reform der Flächenwidmungspraxis längst überfällig. Die vielfältigen Strategiepläne, Planungskonzepte, Leitbilder etc. müssen zusammengefasst, kompiliert und praxistauglich gemacht werden.

- Echte Bürgerbeteiligung: Bürgerbeteiligung, wie sie derzeit in Wien praktiziert wird, ist weder zukunftstauglich noch ernst gemeint. Die Verantwortlichen agieren abgehoben, die Stadt plant am Menschen vorbei. Wir fordern eine ernstgemeinte Bürgerbeteiligung mit frühzeitiger Kommunikation und Miteinbeziehung in den richtigen Fragestellungen.

MOBILITÄT: ANREIZE SCHAFFEN UND ANGEBOTE ERWEITERN.

Mobilität ist keine Einbahnstraße, denn so heterogen wie unsere Stadt ist, so heterogen sind die Lebensrealitäten der Menschen. Deshalb wollen wir eine Verkehrspolitik, die auf das Miteinander setzt und Win-Win-Lösungen schafft. Die Devise heißt Anreize schaffen und Angebot erweitern, statt den Menschen Beschränkungen auferlegen mit ideologischem Erziehungsanspruch.

- Intelligente Parkraumbewirtschaftung: Anstatt die Parkraumbewirtschaftung auf alle Bezirke auszuweiten, braucht es einen Lenkungseffekt durch das Drei-Zonen-Modell mit gestaffelten Kurzpark-Tarifen (außen günstiger – innen teurer). Die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung müssen zweckgewidmet auch wieder den Autofahrerinnen und Autofahrern zugutekommen.
- Bündelung des ruhenden Verkehrs: Um dem allgemeinen Wunsch nach Attraktivierung und Begrünung des Straßenraums gerecht zu werden, muss der ruhende Verkehr vermehrt gebündelt werden. Das wohnortnahe Parken in der Garage muss leistbar werden – wir fordern ein intelligentes Garagenkonzept, das einen massiven Ausbau von Wohnsammelgaragen beinhaltet.
- Zusätzliche Park & Ride-Anlagen: Die Stadt-

regierung möchte keine neuen Park & Ride-Anlagen innerhalb der Wiener Stadtgrenze errichten. Angesichts der hohen Auslastung bestehender Anlagen erachten wir diesen Weg als falsch. Wien braucht an ausgewählten, öffentlich gut angebundenen Standorten zusätzliche Parkmöglichkeiten.

- Öffis als echte Alternative: In den Außenbezirken gibt es im Öffi-Netz noch viele Lücken. Besonders dort müssen sie ausgebaut und attraktiviert werden, damit sie nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis eine Alternative zum PKW sind.
- „Grüne Welle“ für den öffentlichen Verkehr: Derzeit ist der öffentliche Verkehr in vielen Bereichen noch keine echte Mobilitätsalternative, wichtig sind vor allem die Schaffung von Tangential-Verbindungen zwischen und innerhalb der Bezirke. Um nicht länger „Stau-Hauptstadt“ Österreichs zu sein, braucht es zusätzlich Investitionen in die Verbesserung der „Grünen Welle“.
- Klimaschonende Mobilitätsformen: Radfahren ist als klimaschonende und effiziente Mobilitätsform zu fördern. Die Stadt macht es sich oft zu einfach, indem notwendige Autofahrspuren oder Parkstreifen dem Radwegbau zum Opfer fallen. Der Straßenquerschnitt muss von Hauskante zur Hauskante in der Planung betrachtet und bei Bedarf als Ganzes angepasst werden.
- Umstieg auf E-Mobilität: Angesichts steigender Treibstoffpreise ziehen immer mehr Menschen den Umstieg auf E-Mobilität in Betracht. Leider ist in Wien die unzureichende Ladeinfrastruktur ein massiver Hinderungsgrund, die Zugänglichkeit muss weiter stark ausgebaut werden. Anzudenken sind gezielte Förderungen, um den Ausbau von Ladepunkten in Garagen zu ermöglichen.

KULTUR FÜR ALLE WIENERINNEN UND WIENER.

Jede Wienerin und jeder Wiener muss Kultur erleben dürfen, eine Teilnahme am künstlerischen Leben darf keine Frage der finanziellen Leistbarkeit sein. Vor allem für Kinder und Jugendliche muss die Stadt den Zugang zu Museen und Theatern deutlich erleichtern. Wir brauchen mehr Transparenz bei den Förderungen und eine echte, starke Vision für die Kunst im Rahmen einer Kulturstrategie.

- Musikschule in jedem Bezirk: Wien ist zu Recht stolz auf seine Philharmoniker, es braucht aber viel mehr: Viel Harmoniker! Die Förderung der musikalischen Bildung ist die Grundlage für jede lebendige Kulturlandschaft. In lediglich 15 Bezirken besteht das Angebot einer Musikschule und wenn vorhanden, so sind die Plätze schnell besetzt. Wir fordern: eine Musikschule in jedem Bezirk!
- Gerechtigkeit für alle Kulturschaffenden: Wien hat mit einem Kulturbudget von knapp 300 Mio. € verantwortungsvoll umzugehen, derzeit entfallen aber 50 Mio. € auf drei (!) Bühnen. Statt viel Geld für wenige auszugeben, sollten deutlich mehr Einzelkünstlerinnen und -künstler von Förderungen der Stadt Wien ihr künstlerisches Leben bestreiten können.
- Quo vadis Vienna? Seit über zwei Jahren warten wir auf eine „Kulturstrategie“, die diesen Namen verdient – alleine, es passiert nichts. Wie will man welche Theater und Bühnen positionieren? Welche Kunst soll in welchem Bezirk gefördert werden? Wie gedenkt man die Menschen aus aller Welt für Wien zu begeistern? Wer Kulturstadt bleiben möchte, muss endlich handeln!

**Für Sicherheit.****SICHERHEIT ALS QUERSCHNITTMATERIE.**

Anstatt der zunehmenden Verunsicherung entgegenzutreten und die Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen, wird die Verantwortung seitens der Stadtregierung mehr und mehr abgeschoben. Das Innenministerium sorgt in seiner Zuständigkeit für Ordnung, Sicherheit sowie die Einhaltung bestehender Gesetze und Verordnungen und bemüht sich, eine ausreichende Zahl an Sicherheitskräften zur Verfügung zu stellen.

- Zusammenfassung der städtischen Ordnungsdienste: Die Stadt leistet sich eine Vielzahl an Ordnungsdiensten, deren Übersichtlichkeit schon lange nicht mehr gegeben ist. Sie alle sollen in der Stadtwache zusammengefasst werden. Eine einheitliche Truppe könnte mehr Präsenz und Schlagkraft zeigen und würde die Polizei für deren wesentliche Aufgaben freispielen.
- Einführung eines Sicherheitsstadtrats: Sicherheit ist eine mehrdimensionale Thematik, die in ihrer vollen Breite längerfristig und nachhaltig gedacht werden muss. Deshalb soll es in Wien einen Stadtrat oder eine Stadträtin für Sicherheit geben, der oder die sich des Themas als Querschnittsmaterie annimmt. Er oder sie soll Ansprechpartner in Sicherheitsfragen für die Bevölkerung und das Innenministerium sein.

SICHERHEIT IM ÖFFENTLICHEN RAUM.

Viele Menschen in Wien fühlen sich in Unsicherheitsräumen gefährdet, vor allem nachts. Darauf sollte die Stadtentwicklung Rücksicht nehmen und so das subjektive Sicherheitsgefühl fördern. Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen der Verwahrlosung einzelner Grätzl und der Ausbreitung von Unsicherheit und Kriminalität.

- Unsicherheitsräume beseitigen: Die Wiener Volkspartei fordert seit langem mehr Notrufsäulen und die Videoüberwachung an Unsicherheitshotspots, wie dies in anderen europäischen Großstädten bewährte Praxis ist. Um das subjektive Sicherheitsgefühl – insbesondere der Frauen – zu stärken, braucht es bauliche Maßnahmen und eine bessere Beleuchtung in Parks, Unterführungen und einzelnen Straßenzügen.
- Mehr Sicherheit in den Öffis: Anstatt Überwachungsstationen abzubauen, braucht es eine eigene Überwachung für jede Station, personelle Mehrausstattung sowie eine bessere Ausbildung der U-Bahn Aufsicht. Darüber hinaus fordern wir die Umgestaltung von Stationsbereichen, mehr Sauberkeit in U-Bahn-Garnituren sowie die Beseitigung von Vandalismusschäden.
- Kampf gegen Drogenmissbrauch: Der Kampf gegen den Drogenmissbrauch muss von der Stadt unter Einbindung der Polizei weiter vorangetrieben werden. Die Stadtregierung schaut weg und verweigert Diskussionen über ein dringend notwendiges Gesamtkonzept für die Suchthilfe. Das hilft weder den Drogenkranken noch den betroffenen Anrainerinnen und Anrainern.

SICHERHEIT IM EUROPÄISCHEN UND GLOBALEN KONTEXT.

Mit dem Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine stehen unsere Freiheit, unsere Demokratie und unsere Gesellschaft aktuell auf dem Prüfstand. Österreich bleibt militärisch neutral – aber wir bleiben nicht neutral, wenn es um Not, Leid und Unterstützung für Frauen, Alte, Kranke und Kinder geht.

- Stärkung der umfassenden Sicherheit: Bundesheer und Polizei haben in den letzten Jahren mannigfaltige Unterstützungsleistungen erbracht, sei es bei Hochwasserereignissen oder im Kampf gegen die Pandemie. Jetzt steht die umfassende Sicherheit im Fokus, wir brauchen eine langfristige Erhöhung der Regelbudgets für die Bereiche der äußeren und inneren Sicherheit.
- Hilfe vor Ort: Wien ist solidarisch mit den ukrainischen Flüchtlingen, eine grenzenlose Zuwanderung lehnen wir auch aus Sicherheitsgründen ab. Im Einklang mit der Bevölkerung stehen wir für humanitäre Hilfe vor Ort statt Aufnahme weiterer Menschen. Daher fordern wir, dass das Entwicklungshilfebudget der Stadt erhöht wird, speziell für Projekte zum Schutz von Frauen.
- Wien ist eine sichere Heimat: Die Gründe für die Verfolgung und Diskriminierung von Minderheiten sind vielfältig, Wien muss eine sichere Heimat für alle religiöse Minderheiten bleiben. Daher verurteilen wir alle aus religiösen Gründen getätigten Übergriffe und Vandalenakte gegen Gotteshäuser (Stephansdom, Karlskirche, etc.) und gegen als Gläubige erkennbare Personen.



Für Bildung.

QUALITÄTSSTEIGERUNG IN DEN WIENER KINDERGÄRTEN.

Der Kindergarten ist die erste Bildungseinrichtung in unserem Bildungssystem. Gerade für Wien gilt, dass dieser auch tatsächlich die erste Bildungseinrichtung sein muss, haben doch 61,6% der Kinder eine nicht-deutsche Umgangssprache. Damit diese eine erfolgreiche Bildungslaufbahn starten können, braucht es bessere Rahmenbedingungen sowie eine massive Qualitätssteigerung.

- Qualitätskriterien bei Kinderbetreuung: Um in den Beruf zurückkehren zu können, brauchen Eltern die Gewissheit, dass ihre Kinder nicht nur „untergebracht“ werden – sondern sehr gut beschäftigt und versorgt werden. Daher treten wir für Qualitätskriterien bei Kinderbetreuung, als auch bei Vereinen mit den Schwerpunkten Kindersport, -unterhaltung und -förderung etc. ein.
- Kleinere Gruppen: Die Proteste der Elementarpädagoginnen und -pädagogen reißen nicht ab, trotzdem schiebt die Stadtregierung ihre Verantwortung regelmäßig von sich. Wien hat es selbst in der Hand, eigenverantwortlich für kleinere Gruppen zu sorgen, den Fachkraft-Kind-Schlüssel zu verbessern sowie eine adäquate Vorbereitungszeit für Pädagoginnen und Pädagogen verpflichtend festzulegen.
- Aktiver Deutsch-Schwerpunkt: Mehr als 60% der außerordentlichen Schülerinnen und Schüler in Wien wurden bereits in Österreich

geboren, haben aber trotz Kindergartenbesuch nicht ausreichend Deutschkenntnisse erworben. Es braucht daher im Kindergarten noch viel massivere und aktivere Anstrengungen, damit Kinder bis zum Schuleintritt ausreichend Deutsch lernen.

- Gerechtigkeit gegenüber privaten Kindergärten: Zwei Drittel der Kindergartenkinder in Wien werden von privaten Kindergarten-trägern betreut. Trotzdem kostet ein städtischer Kindergartenplatz deutlich mehr als ein privater. Das führt auch dazu, dass Private rund 300 € weniger Einstiegsgehalt bezahlen können. Wir fordern: für gleiche Arbeit muss es gleiche Bezahlung geben.

PROGRAMM GEGEN DEN LEHRERNOTSTAND.

Der Lehrernotstand an Wiener Pflichtschulen wird immer akuter und damit die Bedingungen für Wiens Schülerinnen und Schüler immer schlechter. Schon zu Jahresbeginn gab es in Wien rund 100 unbesetzte Lehrerstellen und etwa 1.000 Lehrerinnen und Lehrer ohne abgeschlossene Ausbildung. Mit der steigenden Anzahl an ukrainischen Schülerinnen und Schülern in Wien wird die Situation noch einmal verschärft.

- Planstellen fachgerecht einsetzen: In Wiens Klassen sitzen durchschnittlich drei Kinder mehr als etwa in Niederösterreich. Wir lassen daher prüfen, ob alle vom Bund genehmigten Planstellen auch tatsächlich fachgerecht in den Klassen eingesetzt werden. Lehrerinnen und Lehrer dürfen nicht für administrative oder sonstige Aufgaben herhalten, die das Land selbst finanzieren müsste.
- Bürokratie abbauen: Damit sich die Lehrkräfte auf ihre Arbeit konzentrieren können, benötigt jeder große Schulstandort in Wien den gesetzlich vorgeschriebenen Schulsozialarbeiter

oder -arbeiterin sowie einen verfügbaren Schularzt oder -ärztin. Darüber hinaus muss die Stadtregierung jede Wiener Pflichtschule mit einer administrativen Unterstützungskraft ausstatten, und zwar als Vollzeitkraft.

- Abwanderung verhindern, Pendlerinnen und Pendler nach Wien holen: In Wien gibt es tausende leerstehende Gemeindefwohnungen aber auch den „Fonds für temporäres Wohnen“, einpendelnde Pflichtschullehrerinnen und -lehrer sollten daher bei der Wohnungssuche mehr unterstützt werden. Und wir brauchen nach der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung eine Lösung für das systemrelevante Personal.

WAHLFREIHEIT AN SCHULEN ERHALTEN.

Die Wiener Volkspartei unterstützt ausdrücklich den Ausbau von Nachmittagsbetreuungsangeboten für Wiener Schülerinnen und -schüler. Dies darf jedoch keinesfalls zur Einschränkung der Wahlfreiheit von Wiener Familien hinsichtlich der Betreuung ihrer Kinder führen. Wir fordern die verpflichtende Einbindung des Schulforums sowie finanzielle Gerechtigkeit für alle ganztägig geführten Schultypen.

- Befassung der Schulforen: Gerade beim Ausbau von verschränkten Ganztagschulen wird diese Wahlfreiheit beeinträchtigt, wenn Betreuungsformen oft von einem Tag auf den anderen geändert werden. Diese sollen jedoch nur mit Zustimmung des jeweiligen Schulforums und damit unter Einbindung von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften sowie der Schulleitung durchgeführt werden.
- Finanzielle Gerechtigkeit: Während die Nachmittagsbetreuung in „verschränkten Ganz-

tagsschulen“ gratis angeboten wird, müssen Eltern an „offenen Schulen“ bis zu 2.000 € pro Jahr bezahlen. Wir unterstützen die Petition „Finanzielle Gleichstellung aller ganztägig geführten Schultypen in Wien“ – echte Wahlfreiheit existiert nur, wenn beide Modelle kostenlos angeboten werden.

OPTIMALE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR STUDENTEN.

Mit fast 200.000 Studentinnen und Studenten ist Wien der größte Universitätsstandort im deutschsprachigen Raum. Auch wenn Wissenschaft keine Landeskompetenz ist, hat die Stadtregierung vielfache Möglichkeiten, die Rahmenbedingungen für Studentinnen und Studenten zu verbessern, z.B. durch den Ausbau von Lernplätzen sowie das Angebot vergünstigter Öffi-Jahreskarten.

- Ausbau von Lernplätzen: Bibliotheken sind ein beliebter Lernort, aber gerade vor den Prüfungswochen überfüllt und vor allem nur im innerstädtischen Raum verfügbar. Wir fordern eine Erweiterung der Lernplätze in den Bezirken und Grätzln auf zumindest 1.000, um die Lernhotspots zu entlasten, sowie eine Vereinheitlichung und Verlängerung der Öffnungszeiten.
- Vergünstigte Öffi-Jahreskarte: In Wien gibt es für beinahe jede Bevölkerungsgruppe eine Jahreskarte für die Wiener Linien – außer für Studentinnen und Studenten. Diese müssen sich für ein Jahr vier verschiedene Tickets kaufen, die in Summe 209 € ausmachen. Nach dem Vorbild von Tirol und Salzburg soll auch in Wien eine vergünstigte Öffi-Jahreskarte für Studentinnen und Studenten eingeführt werden.



Für unser Zusammenleben als Gesellschaft: Generationen, Familie und Integration.

MEHR FÜR ALLE GENERATIONEN.

Wien muss eine Brücke zwischen den Generationen schlagen, wir wollen eine Stadt der Generationen. Aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung umfasst die Gruppe der Seniorinnen und Senioren heute bereits mehrere Altersgruppen, mit ihrer Erfahrung und ihrem Wissen soll die ältere Generation der Jugend helfen und umgekehrt. Junge und Ältere wollen mitreden und mitbestimmen.

- Junge Ideen unterstützen: Junge Menschen sollen in dieser Stadt eine starke Stimme haben. Das wollen wir mit ernst gemeinten Jugendparlamenten und unserer laufenden Unterstützung für junge Ideen bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes sicherstellen. Wir wollen jungen Menschen die Schaffung von Wohnraum und den Schritt in die Selbstständigkeit erleichtern.
- Lebenslanges Lernen fördern: Unsere Seniorinnen und Senioren haben sich ein Altern in Würde verdient und sollen weiterhin aktiv an der Gesellschaft teilnehmen können. Dazu braucht unsere Stadt eine starke wohnortnahe Gesundheitsversorgung, wir müssen lebenslanges Lernen in unterschiedlichen Lebensbereichen ermöglichen und brauchen einen Klimaplan für Generationen und Gesundheit.

FRAUEN ENTSCHEIDEN SELBSTBESTIMMT.

Frauenbilder gibt es viele – welches Bild, welches Lebensmodell die Frau lebt, ist ihre alleinige Entscheidung. Nicht die Politik gibt vor, was das Beste für die Frau ist – die Frau entscheidet selbstbestimmt. Die Aufgabe der Politik ist es, gleichwertige Werkzeuge anzubieten, damit Frau autonom und autark leben kann. Die Wahl des Werkzeuges obliegt der Frau.

- Barrierefreie Hilfe: Wien hat verschiedene Telefonnummern, wenn Frau Hilfe braucht. Jedoch muss Frau wissen, welche Nummer bei welchem Notfall anzurufen ist. Deshalb stehen wir für barrierefreie Hilfe, es darf nur eine Telefonnummer notwendig sein.
- Im Falle der Wegweisung muss der Täter bei einer Wohnungsvergabe zum Schutz des Opfers in einen anderen Bezirk ziehen.
- Maßnahmen gegen Zwangsehen: Zwangsheirat ist eine Menschenrechtsverletzung und muss als solche deutlich öffentlich geächtet werden. Die Praxis zeigt, dass es über die rechtlichen Instrumente hinaus Maßnahmen braucht, um Zwangsehen zu bekämpfen und den Opfern angemessenen Schutz zu gewähren. Diese fordern wir von der Stadtregierung ein.

FAMILIEN MACHEN DIE GESELLSCHAFT STARK.

Wien ist mit fast 483.000 Familien die größte Familienstadt Österreichs. Mit unzähligen Stunden an unersetzbarer und unschätzbbarer Familienarbeit unter anderem in Erziehung, Betreuung und Pflege tragen sie maßgeblich zu einem solidarischen und harmonischen Miteinander in unserer Stadt bei. Deswegen nehmen wir ihre Anliegen ernst, wir wollen Wien noch familienfreundlicher machen.

- Kinderfreundliche Gesellschaft: Wien hat die niedrigste Fertilitätsrate Österreichs, mehr Kinderfreundlichkeit der Gesellschaft trägt dazu bei, dass sich Familien ein „Ja“ zum Kind zutrauen. Staatliche Unterstützung von Familien in Form von Geld- und Sachleistungen stärken Eigenverantwortung und Selbstbestimmung, denn Familien wissen selbst, was sie benötigen.
- Familien brauchen Zeit miteinander: Flexible Arbeitszeitmodelle und partnerschaftliches Zusammenwirken ermöglichen ausreichend Zeit für Familien. Eine Mehrheit der in Teilzeit Arbeitenden wollen ihre Stunden nicht erhöhen, sondern mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen. Diesbezüglich sollte über eine bessere pensionsrechtliche Absicherung nachgedacht werden.
- Wertschätzung für Betreuungsmodelle: Selbstgewählte Lebens- und Betreuungsmodelle sollen mehr wertgeschätzt werden, das Angebot eines breiten Spektrums unterschiedlicher Formen der Kinderbetreuung gehört für die Wiener Volkspartei zur Wahlfreiheit. Die Entscheidungen der Familien dürfen nicht finanziell oder gesellschaftlich diskriminiert werden noch zu Altersarmut führen.

INTEGRATION: FÜR EIN FRIEDLICHES UND VERSTÄNDNISVOLLES ZUSAMMENLEBEN.

Versäumnisse in der Integrationspolitik haben zu Problemen in unserer Stadt geführt und die

Bildung von Parallelgesellschaften gefördert. Die Zuwanderung von Menschen muss daher an klare Bedingungen geknüpft werden. Wir stehen für gegenseitige Wertschätzung und Integration durch Leistung, individuelles Engagement muss gefordert und gefördert werden.

- Gleichberechtigung von Männern und Frauen: In Österreich leben Männer und Frauen gleichberechtigt zusammen, jede Art der Geschlechtersegregation lehnen wir ab. Frauen sollen sich auch in der Gesellschaft von Männern uneingeschränkt und selbstbewusst bewegen können, eine Trennung aus religiösen oder traditionellen Gründen hat in der Öffentlichkeit keinen Platz.
- Kein Platz für Antisemitismus: Wir lehnen Antisemitismus in jeglicher Form ab und bekennen uns zu einem bereichernden Zusammenleben mit allen Jüdinnen und Juden in Wien. In unserer Stadt hat keine Form des Antisemitismus Platz. Auch muslimischer Antisemitismus muss angesprochen und bekämpft werden, hier darf keine falsche Toleranz und kein Wegsehen geübt werden.
- Integration einfordern: Integration darf keine Einbahnstraße sein und nicht nur auf Angeboten beruhen. Wer in unserer Stadt leben möchte, muss ein Mindestmaß an Integrationsbereitschaft zeigen. Dieses Mindestmaß muss auch eingefordert werden. Deswegen sollten die Integrationsangebote der Stadt Wien in enger Absprache mit dem ÖIF verpflichtend werden.



Für Arbeit und Wirtschaft.

ENTLASTUNG STATT BELASTUNG.

Leben und Wirtschaften muss in Wien einfacher werden – vor allem in Zeiten permanenter Krise und hoher Inflation, wo es darum geht, so viele Arbeitsplätze wie möglich zu sichern und neue Jobs zu kreieren. Um die Standortattraktivität zu erhöhen, braucht es sowohl ein umfassendes Entlastungspaket als auch mehr Reformwillen sowie einen Stopp von Verschwendung und Misswirtschaft.

- **Gebührenerhöhungen aussetzen:** Obwohl die Inflation auf einem 40-Jahre-Hoch liegt, werden in Wien zusätzlich auch noch die Gebühren erhöht. Für Haushalte und Wirtschaftstreibende ergibt sich dadurch eine Gesamtbelastung von knapp 300 Mio. € in den Jahren 2022 und 2023. Wir fordern die Aussetzung von Gebührenerhöhungen für dieses und das kommende Jahr sowie die Abschaffung des Valorisierungsgesetzes.
- **Steuern und Abgaben senken:** Wien hat mit der Dienstgeberabgabe als einzige europäische Metropole eine „Arbeitsplatzsteuer“, die pro Dienstnehmerin und Dienstnehmer eingehoben wird. Zusätzlich müssen Unternehmerinnen und Unternehmer in Wien auch eine „Luftsteuer“ bezahlen. Diese Steuern und Abgaben sind angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds kontraproduktiv, wir fordern die gänzliche Abschaffung.
- **Verschwendung stoppen:** Rechnungshof und Stadtrechnungshof zeigen seit Jahren in

ihren Berichten auf, wo in Wien Steuergelder versickern. Durch Verschwendung, Misswirtschaft und mangelnden Reformwillen in der Bundeshauptstadt fehlen 6,6 Mrd. € – Geld, das gerade jetzt für dringend notwendige Investitionen oder zur Schuldenreduktion gebraucht wird.

UNTERNEHMERTUM FORCIEREN.

Wer in Wien gute Ideen hat, soll sie rasch und ohne unnötige Hürden umsetzen können – egal ob Start Up oder Klein- und Mittelbetrieb. Ein besonderer Fokus muss auf die Lehrlingsausbildung gelegt werden, Lehrlinge sind die Fachkräfte und Unternehmer von morgen. Zuletzt brauchen wir auch Initiativen gegen den Leerstand gemäß dem Motto: jede Nutzung ist besser als keine Nutzung.

- **Unternehmerinnenoffensive in Wien:** Finanzielle Unabhängigkeit ist ein starkes Motiv für Frauen, sich selbstständig zu machen. In Wien gibt es bereits mehr als 50.000 Unternehmerinnen, knapp die Hälfte der Unternehmen wird von Frauen gegründet. Um das Wachstum nach der Pandemie anzukurbeln, müssen wir noch mehr Frauen motivieren, unternehmerisch tätig zu werden.
- **Fokus auf Ausbildungsbetriebe:** Ausbildungsbetriebe brauchen gerade jetzt eine Entlastung. Es geht darum, sie zu bestärken, ihnen Anerkennung auszudrücken und die Nachwuchsarbeit zu erleichtern. Deshalb fordern wir die Refundierung der Kommunalsteuer auf Lehrlingsentschädigungen durch die Stadt Wien sowie den Ausbau des geblockten Berufsschulunterrichts.
- **Geschäftsbelebung ist Grätzlbelebung:** Leerstehende Geschäftslokale sind nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein stadt-

planerisches Problem. Verwaiste Erdgeschoßzonen stehen am Beginn des Verfalls ganzer Grätzl. Hier sind kreative Lösungen gefragt, wie z.B. Pop-up-Lokale, touristische bzw. medizinische Nutzung oder Paketabholstationen für den Online-Handel.

TOURISMUS STÄRKEN.

Die Tourismusbranche ist einer der Eckpfeiler der Wiener Wirtschaft. Wiens Stellung als Metropole wird maßgeblich durch seine touristischen Attraktionen und Einrichtungen geprägt. Vor der Corona-Krise konnte in der Hotellerie sogar die Umsatzmarke von 1 Mrd. € übertroffen werden. Wir müssen jetzt Reformen einleiten, um Schritt für Schritt an alte Erfolge heranzukommen.

- Schaffung von Tourismuszonen: Für den künftigen Tourismus soll diese Stadt ein bestmögliches Angebot bereitstellen. Diese Touristinnen und Touristen sollen daher die Möglichkeit bekommen, auch sonntags (der häufigste Abreisetag) Wertschöpfung in der Stadt zu erzeugen. Laut einer Studie der KMU Austria bringen Tourismuszonen 140 Mio. € an Mehreinnahmen sowie 800 zusätzliche Arbeitsplätze.
- Reform der Ortstaxe: Vor der Pandemie betragen die Einnahmen der Stadt hier knapp 30 Mio. €. Dieses Geld können die Wiener Hotelbetriebe gerade jetzt gut brauchen. Die Ermittlung der Ortstaxe ist kompliziert und stellt die Tourismusbetriebe vor unnötige Herausforderungen. Wir fordern daher eine einfachere Berechnung sowie eine echte Zweckwidmung der Mittel.
- Qualifizierungs- und Mitarbeiteroffensive: Insbesondere der Tourismus klagt über Arbeitskräfte- bzw. Fachkräftemangel, es gibt trotz hoher Arbeitslosigkeit also durchaus

Beschäftigungsmöglichkeiten. Wir brauchen daher eine Mitarbeiter- und Qualifizierungs-offensive in Wien, um der Hotellerie und Gastronomie wieder das notwendige Humankapital zur Verfügung zu stellen.

ZUKUNFTSBRANCHEN UNTERSTÜTZEN.

Wien ist ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort mit unterschiedlichen Stärken, was aber fehlt, ist eine aktive politische Strategie, um Wien als Technologiestandort weiter zu stärken. Für welche Sektoren wollen wir international bekannt sein und Betriebe und Talente anziehen? Wie werden bestehende Stärken weiter ausgebaut? Welche neuen Branchen möchte man erschließen?

- Schwerpunkt Breitbandausbau: Laut einer Umfrage aus dem Frühjahr 2021 sehen 70% der Unternehmen Defizite beim Breitbandausbau in Wien. Vor allem in den Betriebsgebieten fehlt es noch an schnellem Internet, das Glasfasernetz muss in ganz Wien massiv erweitert werden. Wir brauchen in Wien noch vor 2030 eine flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabit-Anschlüssen.
- Vollständige Digitalisierung der Amtswege: Amtswege sollen, bis auf wenige Ausnahmen, komplett online stattfinden können. Als Vorbild fungiert Estland, welches 99% seiner staatlichen Verwaltungsleistungen über das Internet abwickelt. Amtszeiten sind nicht mehr zeitgemäß, wir brauchen eine One-Stop-Shop-Lösung für Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen wie für Wirtschaftstreibende.
- Urbanes Logistik-Konzept: Gemeinsam mit Unternehmen, Expertinnen und Experten und Interessenvertreterinnen und -vertretern soll ein umfassendes Konzept für eine City

Logistik erarbeitet werden. Damit soll ein ganzheitliches System zur Belieferung der Stadt implementiert werden, das die Ver- und Entsorgung der Stadt mit zukunftsorientierten Mobilitätsformen regelt.



Für leistbares Leben und Wohnen.

SOZIAL GERECHTES UND LEISTBARES WOHNEN SCHAFFEN.

Mit 220.000 Gemeindewohnungen ist Wiener Wohnen die größte kommunale Hausverwaltung Europas. Die Stadt rühmt sich ihrer „sozialen Verantwortung“ und verkündet, dass 60% der Wienerinnen und Wiener im sozialen Wohnbau leben. Aber dieser ist ungerecht verteilt, verfällt und es wird nur zögerlich mehr gebaut. Leistbares Wohnen ist Aufgabe der Stadt Wien und nicht des privaten Wohnungsmarktes.

- Einkommen überprüfen und Solidarbeiträge leisten: Wer in eine Gemeindewohnung zieht, muss einmal seine „Bedürftigkeit“ nachweisen. Wir fordern eine regelmäßige Überprüfung sowie einen Solidarbeitrag bei Überschreitung der Grenze. Damit bleibt die soziale Durchmischung weiterhin erhalten und die Sanierung von Gemeindebauten kann endlich umgesetzt werden.
- Zusatzkosten senken: Der Stadtrechnungshof hat mehrfach Kritik an der Betriebskos-

tenverrechnung bei Wiener Wohnen geübt, die Kosten sind auch außerhalb des gemeinnützigen Bereichs zu hoch. Gerade in der jetzigen Situation sollten Firmen im Nahebereich der Stadt [z.B. Wien Energie, Fernwärme] ihre Quasi-Monopolstellung nicht zu Lasten der Bevölkerung ausnützen.

- Sanierungen durchführen: Sogar der Rechnungshof bestätigt, dass Wiener Wohnen lediglich 45% der angestrebten Sanierungsrate von jährlich rd. 7.300 Mietobjekten schafft. Wir fordern endlich die umfassende Sanierung der Gemeindebauten, weil damit nicht nur die Lebensqualität der Mieterinnen und Mieter steigt, sondern nur so die Klimaziele der Stadt erreicht werden können.
- Sozialen Wohnraum bauen: Die Stadt Wien versprach bis 2020 4.000 Gemeindewohnungen „auf den Weg zu bringen“. Das bedeutet aber noch lange nicht, dass diese auch gebaut wurden. Tatsächlich sind nur knapp über 500 neue Gemeindewohnungen in den letzten Jahren neu geschaffen worden. Wir fordern: Projekte endlich umsetzen und nicht immer nur ankündigen.
- Familiengerechtes Wohnen schaffen: Das Wohnen für junge Menschen und Familien muss erleichtert werden. Gerade das Zusammenleben mehrerer Generationen an einem Ort ist nicht nur gemeinschaftsförderlich, sondern auch für alle Beteiligten kostensparend. Darüber hinaus brauchen wir in der dichtverbauten Stadt mehr Spielplätze für Kinder und Jugendliche.
- Nachverdichtung statt Flächenraub: Die Stadt wächst, aber diese Expansion findet nur über die Flächen am Stadtrand statt. Hier wird Grünland vernichtet und nachhaltig benötigter Grund und Boden zerstört. Um die Stadt nachhaltig weiterzuentwickeln und benötigte Flächen ohne Kosten für neuen Grund und

Boden zu schaffen, muss innerstädtisch viel mehr nachverdichtet werden.

SCHAFFUNG VON LEISTBAREM EIGENTUM ERMÖGLICHEN.

Eigentum ist der Wunsch vieler Menschen. Die Preisentwicklung am Immobilienmarkt erschwert die Anschaffung von neuem Eigentum aber massiv. Hier ist der kommunale Wohnbau gefordert und die Stadt Wien kann endlich über ihren ideologischen Schatten springen und aktiv die Möglichkeiten für gefördertes Eigentum ausnutzen.

- Ausbau des Mietkaufs: Nur wenige Genossenschaftswohnungen werden nach den gesetzlichen Fristen an Mieterinnen und Mieter zum Kauf angeboten. Hier muss der Mietkauf bei Genossenschaftswohnungen und geförderten Eigentumswohnungen ausgebaut und umgesetzt werden. Mit einer höheren Eigentumsquote wird auch die Vermögensbildung und Altersvorsorge gestärkt.
- Wiedereinführung der Kaufmöglichkeit von Kleingärten: Durch einen Kleingarten konnten sich viele Menschen den Wunsch nach leistbarem Eigentum erfüllen, die Zahlen belegen dieses Erfolgsmodell. Anfang 2021 wurde aber die Möglichkeit zum Kauf eines Kleingartens durch dessen Pächterinnen und Pächter abgeschafft. Wir fordern die Stadt Wien auf, den Verkauf an langjährige Nutzerinnen und Nutzer zu ermöglichen.

TRANSPARENZ UND MITBESTIMMUNG MUSS GELEBT WERDEN

Auch im Bereich Wohnen müssen Transparenz und Mitbestimmung wichtiger werden. Nicht nur Alibi-Partizipationsprozesse, sondern ehrliche Teilnahme der Bevölkerung ist gefordert. Für die Stadt Wien darf Transparenz nicht weiterhin eine reine Floskel sein, sondern es muss aktiv Einsicht in die Stadtverwaltung geben.

- Vergabe im sozialen Wohnbau transparent machen: Wer schon einmal eine Gemeindeförderung oder Genossenschaftswohnung in Wien gesucht hat, der kommt zwar über das „Wohnticket“ an eine vermeintlich einfache Umsetzung, aber die Vergabe erweist sich in der Praxis als wenig transparent. Wir fordern: einheitliche und transparente Prozesse bei der Wohnungsvergabe.
- Bevölkerung und Bezirk einbeziehen: Aktuelle Beispiele aus vielen Bezirken Wiens zeigen, dass die Stadt Wien mit ihrem Verwaltungsapparat oft nicht zum Wohle der Bevölkerung und deren Wünsche agiert. Im Rahmen diverser Prozesse rund um das Bauen in dieser Stadt müssen die Bürgerinnen und Bürger sowie der jeweilige Bezirk viel stärker eingebunden werden.
- Gläserne Verwaltung verwirklichen: Mit Steuergeld werden zahlreiche Veröffentlichungen und Studien erstellt sowie Datenbanken befüllt, die von öffentlichem und allgemeinem Interesse sind. Aber z.B. auch Bauverhandlungen sind ein wesentliches Element der Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Wir fordern daher die Umsetzung der selbst gesetzten Ziele der Stadtregierung.